

# Solidarität, Empathie und Kritik

*Besondere Beziehungen – Besondere Verantwortung: Eine Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung erkundet den Stand des deutsch-israelischen Verhältnisses*

Bericht: [Stefan Schaaf](#)

Ist eine israelische Flagge bei einem Fußballspiel in Deutschland eine Zumutung für muslimische Zuschauer? Können Juden in Deutschland ihre Heimat finden? Ist es akzeptabel, wenn Waren, die in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten produziert werden, gekennzeichnet, gar boykottiert werden sollen oder verbietet sich dies vor dem historischen Hintergrund der Nazi-Parole „Kauft nicht bei Juden?“ Soll Deutschland U-Boote und andere Waffen an Israel liefern? Zieht die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands auch für eingebürgerte Muslime Verpflichtungen nach sich? Wie sieht heute die aus der Geschichte erwachsene besondere Verantwortung Deutschlands für Israel aus, wenn 79 Prozent der unter 29-jährigen nicht länger die Verbrechen des Nationalsozialismus am jüdischen Volk vorgehalten bekommen wollen?

Dies sind nur einige der Fragen, die Ende April auf der Konferenz „Besondere Beziehungen – besondere Verantwortung“ der Heinrich-Böll-Stiftung zu Stand und Perspektiven des deutsch-israelischen Verhältnisses diskutiert wurden.

Unser Verhältnis zu Israel ist ein besonderes. Es ist komplex und wandelt sich ständig, nicht erst seit vor 50 Jahren, am 12. Mai 1965, Israel und Deutschland diplomatische Beziehungen aufnahmen. Seitdem entstand ein kooperatives Geflecht von Bindungen auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und sportlichen Gebiet – ein solides Fundament also – und unzählige persönliche Beziehungen. Die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit gilt fast täglich den Nachrichten aus Israel und seiner unruhigen Nachbarschaft. Deutschland gewinne an Ansehen in Israel, 68 Prozent der Israelis haben eine insgesamt positive Einstellung über Deutschland, zitierte Ralf Fücks (Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung) eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung in seiner Eröffnungsrede. Aber das Bild Israels in Deutschland habe sich verändert. Die Rede von der besonderen deutschen Verantwortung für Israel sei zunehmend ein Diskurs der Eliten, sagte Fücks. Das Ansehen Israels in Deutschland

sinke dramatisch, 62 Prozent geben in der Bertelsmann-Umfrage an, eine schlechte Meinung über Israel zu haben.

Der Zivilisationsbruch der Shoah rückt vor allem bei der jüngeren Generation in den Hintergrund, deren Haltung zu Israel viel stärker vom ungelösten israelisch-palästinensischen Konflikt geprägt wird. Dies gilt erst recht für die wachsende muslimische Bevölkerung in Deutschland. Unübersehbar wurde dies bei offen jüdenfeindlichen Parolen, die im Sommer 2014 bei Demonstrationen gegen den jüngsten Gaza-Krieg gerufen wurden. Und Berliner Polizisten kassierten jüngst bei einem Zweitliga-Fußballspiel eine israelische Flagge, da sie womöglich gewaltsame Gegenreaktionen muslimischer Zuschauer provoziert hätte.

Israel werde von vielen Deutschen als aggressiver Störenfried im Nahen Osten gesehen, sagte Fücks - ein Bild, das aus dem historischen wie aktuellen Kontext gerissen sei. Weder stehe es den Deutschen an, sich moralisch überlegen zu fühlen, noch dürfe man Israels Lage in einer zunehmend feindseligen und konflikträchtigen Region ignorieren. Israel fühle sich zu Recht bedroht.

Es würde Israels Sicherheit nutzen, zumindest den Konflikt mit den Palästinensern im Zuge einer Zweistaatenlösung zu entspannen. Doch eine friedliche Beilegung des Nahost-Konflikts liege nicht nur an Israel. Man müsse verstehen, dass Israel diametral andere Lehren aus der Geschichte gezogen habe als Deutschland. Das israelische „Nie wieder Opfer“ reibe sich mit dem deutschen „Nie wieder Krieg“. Auch die Religion spiele in beiden Ländern eine gegensätzliche Rolle: Deutschland werde säkularer, in Israel werde die Religion immer wichtiger für das eigene Selbstverständnis. Dies gefährde in der Konsequenz Israels Charakter als demokratische und multiethnische Gesellschaft, was doch das größte politisch-moralische Kapital des Landes sei.

Fücks plädierte für einen offenen Blick auf diese Unterschiede, für ein besseres gegenseitiges Verständnis, für die besondere Verantwortung Deutschlands für Israels Sicherheit auch im engen militärischen Sinn. Er nannte die internationale Boykottbewegung gegen Israel einen gefährlichen Irrweg, ebenso geschichtsvergessen wie kontraproduktiv. Er sprach sich für eine stärkere zivilgesellschaftliche Vernetzung aus, für eine Energiepartnerschaft und eine aktivere deutsche und europäische Vermittlerrolle im israelisch-palästinensischen Konflikt. Eine Zweistaatenlösung

werde es nur geben, wenn Drittstaaten den Verhandlungsprozess moderieren und deren Ergebnis als Treuhänder und Garantiemächte absichern.

### **Das Trauma der Shoah**

Dieser erste Überblick wurde auf dem Podium von dem Holocaust-Forscher Yehuda Bauer, dem ehemaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer, der Historikerin Yfaat Weiss und dem Publizisten Michael Wolffsohn vertieft. Bauer, der Gründungsdirektor der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem, nannte die Juden Israels und der Diaspora „traumatisierte Gesellschaften“. Deshalb werde das deutsch-israelische Verhältnis weiterhin von der Shoah fundamental beeinflusst sein. Das Trauma berühre auch die in der Nazi-Zeit in Palästina lebenden Juden, die damals nichts für die Juden Europas tun konnten. Das gelte auch für die ehemaligen Regierungschefs Menachem Begin und Yitzhak Shamir, die aus Polen stammten und ihre gesamten Familien in der Shoah verloren hatten. Ihre Politik könne nicht ohne diesen Hintergrund verstanden werden. Wie tief das Trauma reiche, zeige auch, dass in Israel bis heute über die gescheiterten Rettungsversuche für die Juden Europas debattiert werde, wobei Israels Rechte auch heute noch das Scheitern den Linken um Ben Gurion anlaste. Die Shoah werde instrumentalisiert, auch indem immer wieder unzulässige historische Parallelen konstruiert und heutige Gegner Israels mit Hitler gleichgesetzt würden.

Bauer zeigte sich auch bei aktuellen Fragen als streitbarer Intellektueller. Boykottforderungen auch aus der Wissenschaftler-Community nannte er absurd, denn sie treffe die oppositionellen Intellektuellen in den Universitäten. Für die israelische Linke bedeute Zionismus, in einem Staat mit einer soliden jüdischen Mehrheit und voller Gleichberechtigung der nichtjüdischen Minderheit zu leben. Die aktuelle Politik der Regierung Netanyahus, die palästinensische Gebiete auf Dauer kontrollieren wolle, sei somit klar antizionistisch.

Die Shoah bleibe bis heute ein Gespenst, die jeder neuen Generation abverlange, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Aber junge Israelis sehen Deutschland inzwischen als eine liberale, offene Gesellschaft. Das Land gelte heute als Verbündeter, als Garant israelischer Sicherheit und als Partner bei der Befriedung des Konflikts mit den Palästinensern.

Joschka Fischer dämpfte Hoffnungen auf eine deutsche Vermittlerrolle. Seine palästinensischen Gesprächspartner hätten rasch begriffen, dass es kein Rütteln an der deutschen Solidarität mit Israel gebe, und diese Klarheit habe den Umgang mit ihnen erleichtert. Er sei froh, dass die deutsche Nachkriegsgeschichte nicht durch direkte Demokratie bestimmt worden sei, denn dann hätte es weder Westbindung noch diplomatische Beziehungen zu Israel gegeben. Dabei stimmte ihm Wolffsohn zu: 1953 seien 54 Prozent der Deutschen gegen die Wiedergutmachung gewesen. Fischer sagte, Deutschland sei in dieser Frage lange gespalten gewesen, bis hinein ins Außenministerium mit seiner starken Fraktion von „Arabisten“. Er schilderte, wie bei ihm „der Mann in dem Glaskasten“ – Eichmann während des Prozesses in Jerusalem – am Beginn der langsamen Erkenntnis stand, dass der Nationalsozialismus ein gewaltiges moralisches Versagen der Generation seiner Eltern war. Enge Bindungen zu Israel seien erst in den 70er-Jahren durch Organisationen wie Aktion Sühnezeichen möglich geworden, die die Shoah zum Zentrum intensiver praktischer Zusammenarbeit machten.

Auch Yfaat Weiss bezog sich auf Bauers Thesen. Sie stellte infrage, wie weit Israels Haltung von der Maxime bestimmt sei, „nie wieder Opfer“ sein zu wollen. Die Erfahrung der Wehrlosigkeit sei gewiss ein Trauma, aber als Konsequenz daraus sah sie eher, dass die Israelis strikt auf ihrer Souveränität beharren und sie verteidigen. Viele Israelis befürchteten, dass eine Zweistaatenlösung Gefahren für diese Souveränität bringe. Sie selbst sei immer für die Rückgabe der Golan-Höhen eingetreten; angesichts der aktuellen Entwicklungen in Syrien sei sie sich da nicht mehr so sicher. Sie widersprach auch der These, dass Israel weniger demokratisch werde: Sie verwies darauf, dass viele arabische Bürger Israels an der israelischen Politik partizipieren und damit ihren Status verbessert hätten.

### **Entlastung von der historischen Verantwortung**

Fücks, Fischer und Wolffsohn versuchten zu ergründen, warum die Einstellung der Deutschen zu Israel eigentlich nur in der kurzen Phase bis zum 1967er-Krieg positiv gewesen sei. Schon die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel wurde von Ludwig Ehrhardt und Rainer Barzel gegen den Widerstand der USA verwirklicht, sagte Wolffsohn, denn in Washington wollte man weiter die guten Drähte Bonns zu den arabischen Staaten ausnutzen. Im Sechstagekrieg sei die Empathie für Israel sehr groß gewesen, erinnerte sich Fücks, das Land erschien auch den linken Schülergruppen, in denen er damals aktiv war, als David, der sich gegen Goliath ver-

teidigen müsse. 1973 dann, als Israel im Yom-Kippur-Krieg mit dem Rücken zur Wand stand, habe Willy Brandt gezögert, den USA zu erlauben, Waffen an Israel über Deutschland zu liefern. In der linken Szene, so Fücks, war Israel damals zum „Vorposten des Imperialismus“ mutiert. Fischer führte diesen Meinungswandel nicht auf die Tatsache zurück, dass die studentische Linke damals den Antikolonialismus für sich entdeckte und den israelisch-palästinensischen Konflikt im Kontext der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt sah, sondern er erhob den Vorwurf, auch im linken Milieu habe man sich des Erbes der deutschen Geschichte entledigen wollen, nach Entlastung gesucht, indem man Israel kritisiert: „Es war der Versuch, dem eigenen Land zu entkommen, indem man in den großen Kreis der internationalen Linken eintaucht. Wenn man nicht mehr Deutscher ist, nicht mehr belastet ist mit diesem Erbe, dieser Vergangenheit, darf man Israel kritisieren“, beschrieb Fischer die damaligen Denkmuster, die er als „gaga“ bezeichnete, vor denen aber auch die Grünen in ihren Anfangsjahren nicht gefeit gewesen seien.

Er könne als 67-Jähriger nicht für die Generation der 27-Jährigen sprechen, deren Israel-Bild weniger vom Nationalsozialismus geprägt sei als vom direkten Austausch dank billiger und rege genutzter Flugverbindungen nach Tel Aviv. Andererseits seien sie aber auch von emotionalisierenden Nachrichtenbildern von gewaltsamen Auseinandersetzungen im Westjordanland oder aus dem Gaza-Krieg beeinflusst. Einigkeit herrschte über die große positive Bedeutung, die der kulturelle, wissenschaftliche und technologische Austausch zwischen Israel und Deutschland habe. Weiss sagte, jeden Sommer kämen französische Juden in großer Zahl zum Urlaub nach Israel und europäisierten das Land ein wenig.

Fücks sagte, aktuell wachse die Ungeduld mit Israel, weil die Voraussetzungen für einen Palästinenserstaat im Wortsinn verbaut würden – was kann Deutschland und Europa tun? Yehuda Bauer wollte keinen Pessimismus gelten lassen. Man müsse den Israelis eine Antwort auf ihre Angst geben. Israel müsse sich von der Idee verabschieden, dass man die Gewalt in der Region militärisch ausschalten könne. „Man kann Hamas nicht mit Gewalt, sondern nur mit Ideologie bekämpfen“, sagte er. Wolffsohn schlug vor, die Grundidee der territorialen Souveränität zugunsten eines Nachdenkens über föderative Modelle beiseite zu legen. Bauer hielt es für wenig wahrscheinlich, dass die Palästinenser auf die volle Souveränität verzichten würden, während Fischer vor „akademischen Debatten“ warnte. Der Grundsatz Land gegen Frieden sei für Israel nur akzeptabel, wenn der dann entstehende palästinensische Staat entmilitarisiert würde. Deutschland sei auch nur Schritt für Schritt souverän

geworden – vielleicht liege darin ein Weg, einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts näher zu kommen.

### **Wahrnehmung und kritische Solidarität**

Um deutsche Wahrnehmungen des Konflikts und kritische Solidarität mit Israel ging es im zweiten Panel mit der ehemaligen Knesset-Abgeordneten Naomi Chazan, dem CDU-Politiker Ruprecht Polenz und dem israelischen Journalisten Barak Ravid. Von der Heinrich-Böll-Stiftung waren Ralf Fücks und als Moderatorin Kerstin Müller dabei. Sie leitet seit dem Herbst 2013 deren Büro in Tel Aviv. Sie beschrieb, dass sie erst nach ihrer Ankunft verstanden habe, wie sehr eine Million russischer Immigranten heute das Land prägen und welche Diskussionen um die Rolle der orthodoxen Juden geführt werden.

Und manchmal sind auch Israelis über ihr eigenes Land erstaunt: Naomi Chazan war wie viele andere überrascht, dass Benjamin Netanyahu doch die Wahlen vom 17. März gewonnen hatte. Die ehemalige Abgeordnete der linken Meretz-Partei hätte lieber Yitzhak Herzog und seine Zionistische Union als Sieger gesehen, wie es auch Umfragen vorhergesagt hatten. Doch Israels Wähler hätten dann doch nicht für Herzog gestimmt, der soziale Gerechtigkeit und Frieden versprach, sondern für Netanyahu, der die Bedrohungen der Sicherheit des israelischen Volkes durch den militanten Islamismus und das iranische Atomprogramm beschwor. Israel sei gesellschaftlich stärker gespalten als je zuvor. Die Zugehörigkeit zu einer religiös oder ethnisch definierten Bevölkerungsgruppe bestimme stärker als früher, wie man sich sein Israel wünsche – und wem man seine Stimme gebe.

### **Israels trügerische Sicherheit**

Barak Ravid sagte, Netanyahu habe in erster Linie sein Amt behalten wollen, er sei zu allem bereit gewesen, um diese Wahl zu gewinnen, während Herzog den Fehler gemacht habe, niemanden verärgern zu wollen. Die Israelis unterlägen jedoch einem Denkfehler, wenn sie glaubten, nur Netanyahu garantiere ihre Sicherheit. Die im Gaza-Krieg getöteten Israelis bewiesen, dass dem nicht so sei. Die israelische Linke, so Ravid mit gewissem Sarkasmus, müsse wohl die Wähler überzeugen, dass sie die Sicherheit des Landes ebenso schlecht schützen könne wie Netanyahu. Ruprecht Polenz zitierte den israelischen Autor David Grossman, der um Hilfe gebeten habe, damit Israel seinen traumatischen Sicherheitsbegriff überwinde. Während Ravid Israel als „regionale Supermacht jeden im Umkreis von 2000 Kilometern vernich-

ten“ könne, sah Fücks Israel im Visier militanter Massenbewegungen, die auf die Zerstörung des „zionistischen Krebsgeschwürs“ aus seien und sich der Mittel asymmetrischer Kriegsführung bedienten. Ein Gegner wie der Iran agiere mit langem Atem. Daher sei Israel auf seine Abschreckungsfähigkeit angewiesen. Ravid entgegnete, er könne die verbalen Drohgebärden von Hamas oder des iranischen Ex-Präsidenten Ahmadinedschad nicht ernstnehmen.

Alle nannten Deutschland einen wichtigen Partner für Israel und begrüßten, dass Berlin durch die Lieferung von U-Booten Israels Zweitschlagskapazität sichert. Naomi Chazan sagte, Deutschland stehe vor dem Dilemma, Israel schützen zu wollen, aber seine Politik kritisieren zu müssen. Auch Polenz wünschte sich, dass Israel nicht nur eine rein militärische Sicherheitspolitik betreibe und kritisierte, dass Israel 2002 das Angebot der vom saudischen Kronprinzen Abdallah initiierten arabischen Friedensinitiative – Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 gegen diplomatische Anerkennung durch alle Mitglieder der Arabischen Liga – nicht wahrgenommen habe.

### **Gegen falsche Metaphern**

Solidarität sei richtig – aber auch Kritik: Einige Diskussionsteilnehmer hatten bereits angemerkt, dass Beobachter aus Deutschland israelische Menschenrechtsverletzungen mit sehr viel größerer Aufmerksamkeit bedächten als solche in anderen Ländern. Daher bemühte sich ein drittes Panel um Klärung der Frage, wie weit Israel-Kritik gehen dürfe. Deutlich wurde, dass sich häufig schiefe Analogien und falsche Metaphorik in Stellungnahmen zu Israel einschleichen und so eine fragwürdige Denkhaltung und Vorurteilsstrukturen verraten. Für manch einen in Deutschland sei der Nahost-Konflikt zu einer gewissen Obsession geworden, sagte Sylke Tempel, die die Runde moderierte. Der Grünen-Bundestagsabgeordneten Volker Beck störte sich an den doppelten Standards, an denen Israel immer wieder gemessen werde. Ihm gefiel auch die Fragestellung im Programm – „Welche Israel-Kritik ist erlaubt?“ – gar nicht, denn das Wort Israelkritik sei eine Pauschalisierung, und es gebe niemand, der hier Erlaubnisse zu erteilen vermöge. In der Formulierung liege der gleiche Denkfehler, wie ihn Grass gemacht habe, als er sich in seinem Gedicht angemäßt hatte, etwas über Israel zu schreiben, „was gesagt werden muss“. Der taz-Redakteur Stefan Reinecke wandte sich dagegen, dass die Debatte immer wieder durch den Vorwurf, eine Äußerung sei antisemitisch, „kontaminiert“ werde.

Er verdeutlichte, welche Kritik an israelischer Politik er für unklug und nicht mehr für akzeptabel halte, an zwei Beispielen: 2007 habe der deutsche Bischof Gregor Maria Hanke bei einem Besuch in Israel und den besetzten Gebieten die palästinensische Stadt Ramallah als „Ghetto“ bezeichnet, und seit 2009 fordern auch Stimmen aus Deutschland einen Boykott von Waren aus israelischen Siedlungen, was ein fehlgeleiteter Versuch der Entschuldung und Entlastung sei. Jede Gleichsetzung Israels mit den Nationalsozialisten verbiete sich von vorneherein. Weniger Probleme habe er mit den Äußerungen Sigmar Gabriels, der nach einem Besuch in Hebron auf seiner Facebook-Seite mitteilte, die Lage in der palästinensischen Stadt erinnere ihn an ein Apartheidregime. Auch in israelischen Zeitungen, so Reinecke, werde die Besatzungspolitik mit diesem Begriff umschrieben.

Volker Beck, der Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe ist, sagte, man müsse Kritikpunkte wie Israels Siedlungs- oder Wasserpolitik in den besetzten Gebieten konkret ansprechen und jede falsche Metaphorik vermeiden. Ebenso kritisiere er den Verlauf der Sperranlage z. T. weit jenseits der 67er-Grenze – nicht aber den Zaun bzw. die Mauer an sich. Deren Bau sei angesichts der palästinensischen Selbstmordattentate während der zweiten Intifada gerechtfertigt.

### **Jüdische Vielfalt**

Es gebe zu wenig Empathie, hatte Sylke Tempel gesagt, zu wenig Bereitschaft hinzuschauen und dazuzulernen. Dazu bot die vierte Diskussionsrunde der Konferenz Gelegenheit, die wenig bekannte Facetten der gesellschaftlichen Vielfalt Israels aufzeigte und die Rolle des jüdischen Glaubens thematisierte. Adina Bar-Shalom legte dar, warum sie als ultraorthodoxe Jüdin gegen Rassismus eintrete und fordere, Flüchtlingen mit Respekt gegenüberzutreten. Sie ist Gründerin eines Colleges für ultraorthodoxe Frauen und eine Stimme in der israelischen Öffentlichkeit. Ihr Vater, Rabbi Ovadia Yosef, war der spirituelle Kopf der sephardischen Juden in Israel und Gründer der Shas-Partei. Sie besuchte Berlin zum ersten Mal. Sie befürwortete, dass manche Lebensbereiche in Israel nach religiösem Recht organisiert seien. In Israels Unabhängigkeitserklärung heiße es, dass es der Staat der Juden sei. Staat und Religion seien deshalb nicht voneinander zu trennen, nur so sei die Einheit des jüdischen Volkes gewahrt. Dennoch suche sich jeder seinen eigenen Weg, wie er mit den Geboten umgehe, die es seit mehr als 3000 Jahren gebe. Es mangle aber an der Bereitschaft der staatlichen Behörden, den religiösen Gesetzen Geltung zu verschaffen, etwa am Shabbat, bei den Vorschriften für die koschere Ernährung oder bei der

Ehescheidung. Die Ultraorthodoxen, betonte sie, verträten ganz andere politische Positionen als die Nationalreligiösen, so lehnten sie die Siedlungen ab.

Den Vergleich zur Situation in Deutschland versuchten Cem Özdemir und der Pädagoge und Publizist Micha Brumlik aufzuzeigen. Brumlik lobte die Regelung der positiven und negativen Religionsfreiheit in Deutschland, sie sei dem Laizismus nach französischem Muster überlegen. Israel sei als multireligiöse Gesellschaft gescheitert, und dies vor allem beim Familienrecht. Das Land müsse endlich über eine Verfassung reden.

Zwei Sichtweisen, die einen weiteren Gesprächsteilnehmer, Eilon Schwartz, dazu brachten, dem Israel seiner Jugend mit einer lebendigen jüdischen Kultur nachzutrauern, das von einem „Israel der vielen Stimmen“ abgelöst worden sei. Er leitet einen „Think-and-do-Tank“ namens Shoharim ([www.shoharim.org.il](http://www.shoharim.org.il)), der es sich zur Aufgabe gemacht hat, ein neues Gemeinschaftsgefühl aller Bürger Israels zu schaffen. Dieser Appell richte sich auch an die liberalen Israelis, von denen er mehr Verständnis für die Bedürfnisse der religiösen Juden verlangte.

Am Ende plädierte die Ultraorthodoxe Adina Bar-Shalom für Mathematik- und Englischunterricht in orthodoxen Schulen und Cem Özdemir für Religionsunterricht in deutschen Klassenzimmern, denn jeder sollte gewisse Kenntnisse über das Judentum, den Islam, die Sunniten, Aleviten und den Papst haben.

### **Klare Worte unter Freunden**

Zum Abschluss ging es um die Beiträge der jungen Generation in den deutsch-israelischen Beziehungen: der ehemaligen Soldatin Dana Golan, die heute in Deutschland lebt und von 2009 bis 2013 die israelische Nichtregierungsorganisation „Breaking the Silence“ (<http://www.breakingthesilence.org.il/>) leitete und heute in Deutschland über deren Arbeit berichtet, der Filmemacherin Ester Amrami, die die schwierige Suche nach Identität in zwei Kulturen in dem Film „Anderswo“ (<https://de-de.facebook.com/anderswofilm>) mit der Kamera beschrieben hat. Sodann Sven Kindler, der seit 2009 Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag vertritt und Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ist und Sergey Lagodinsky, der in Russland geboren ist und als Zehnjähriger nach Berlin kam. Er ist dort in der Jüdischen Gemeinde aktiv und arbeitet bei der Heinrich-Böll-Stiftung.

Ester Amrami sagte, ihr Film handle von der Suche nach Heimat. Die Dreharbeiten mit einem deutschen Team in Deutschland und einem israelischen in Israel hätten

alle Klischees über die nationalen Eigenheiten bestätigt – was aber sehr lustig gewesen sei.

Dana Golan berichtete, sie lebe seit zwei Jahren in Köln, sei mit einem Deutschen verheiratet, betrachte dennoch Israel weiter als ihre Heimat. Ihre Militärzeit in Hebron habe ihr gezeigt, dass Juden nicht die einzigen Opfer in Israel seien. Breaking the Silence sei eine Vereinigung von etwa tausend Veteran/innen der israelischen Streitkräfte, die über ihre Erlebnisse in den besetzten Gebieten öffentlich berichten. Sie hätten sich entschlossen, dies auch vor einem europäischen Publikum zu tun. Lange hätten sie debattiert, ob sie auch in Deutschland aktiv werden wollten, und hätten sich schließlich dafür entschieden, denn sie seien vor allem der Wahrheit verpflichtet. Dabei müsse sie stets erklären, dass es einen Unterschied zwischen Kritik und Antisemitismus gebe. Gute Freunde müssten sich die Wahrheit sagen können.

Sven Kindler reiste 2009 erstmals mit der Grünen Jugend nach Israel, viele Reisen folgten, auf denen Freundschaften entstanden. Es könne vor dem Hintergrund der Geschichte keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit geben, denn dann könne man Israel nicht verstehen. Er fand Stefan Reineckes Bild von der Besatzung als einer Droge interessant – das verlange von Freunden eigentlich, aktiv gegen eine solche Abhängigkeit anzugehen. Golan stimmte ihm zu, doch Lagodinsky wandte sich gegen derlei pädagogisierende Allegorien. Das durch die Shoah belastete Verhältnis beider Staaten sei nicht mit einer Freundschaft zweier Individuen vergleichbar.

Die Runde, die dann für andere Teilnehmer geöffnet wurde, bemühte sich um einen Blick nach vorn: Was ist zu tun? Die Zeit laufe ab, um Überlebende der Shoah als Zeitzeugen zu befragen. Die junge Generation zeige daran zu wenig Interesse, aber es müsse mehr Austausch und Information geben. Kindler wünschte sich, dass junge Deutsche und Israelis darüber nicht vergessen, heute gemeinsame positive Erfahrungen zu machen. Ester Amrami sagte, das könne tatsächlich jeder für sich in die Hand nehmen.

Online unter: <https://www.boell.de/de/2015/05/18/solidaritaet-empathie-und-kritik>